

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-



Anzeiger

Amtsblatt für die Amtshauptmannschaft Flöha und die Behörden in Frankenberg

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Rohberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von C. G. Rohberg in Frankenberg i. Sa.

J. 5

Mittwoch den 8. Januar 1919

78. Jahrgang

Die behördlichen Anordnungen über die infolge Kohlemangels notwendig gewordene Einschränkung der Geschäftszeit in offenen Verkaufsläden veranlaßt mich uns zu durchgreifenden Änderungen in Hinsicht auf Herstellungs- und Ausgabezeit des Tageblattes. Wir sind vor allen Dingen gezwungen, mit dem Druck der Tagesnummern zeitiger zu beginnen als bisher. Aus diesem Grunde können wir Anzeigen nur insoweit abdrucken, als sie bis zu folgendem Zeitpunkt bei uns eingegangen sind:

Ältere Anzeigen bis abends am Tage vor Erscheinen der betreffenden Plattennummer,

Größere Anzeigen (von 1/2 Seite an) bis nachmittags 2 Uhr am Tage vor Erscheinen der betr. Plattennummer.

Die Ausgabe des Tageblattes soll fernerhin in unserer Hauptgeschäftsstelle Markt 8 (nur am Schalter in der Haustür) und in den hiesigen Ausgabestellen gleichmäßig von 1/6 bis 6 Uhr erfolgen.

Verlag des Frankenberger Tageblattes.

Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln

In Ergänzung von Punkt III der Verordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums vom 4. Dezember 1918 über die Ausführung der Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst über den Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln zu Saatzweden und deren Höchstpreise vom 28. November 1918 wird bestimmt, daß die Abgabe und der Erwerb solcher Zwiebeln bis zu Höhe eines Pfundes für den einzelnen Anbauer ohne Saatsoffizie erfolgen darf.

Dresden, am 31. Dezember 1918.

Arbeits- und Wirtschafts-Ministerium.

Landeslebensmittelamt.

gelebt (Seite 1355) bewilligten Ausnahmen ausdrücklich genommen. Die in § 3 BM. I. bezeichneten Saat- und Saatwirtschaften, Pachtspielhäuser, sind demnach bis auf Weiteres um 10 Uhr abends zu schließen. Ausnahmen können nur noch im Falle eines unabsehbaren Bedürfnisses in Aussicht gestellt werden.

Zuwiderhandlungen werden nach § 8 der Bekanntmachung des Reichslandrats vom 11. Dezember 1918 (Reichsgelebatt Seite 1355) mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit Haft bis zu Höhe eines Pfundes bis zu drei Monaten bestraft.

Flöha, am 4. Januar 1919.

Die Amtshauptmannschaft.

Aufruf! An die Landbevölkerung!

Stunden der größten Not sind in unserem Vaterland angebrochen. Die Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens ist auf das Schwere gefährdet. Mangelt an Kohlen und Rohstoffen, so gehen die Industrie in großem Umfang lahm. Ungefährdete zurücklebende Krieger sind arbeits- und erwerbslos. Es wird unmöglich sein, diesen allen und den vielen anderen erwerbslos gewordenen Arbeitern in Industrie und Handwerk Unterstunft, Nahrung und Arbeit zu geben. Hier muß und kann das Land helfen. Landwirte! Ihr habt in außerordentlicher Weise und unter Einsetzung Eurer ganzen Kraft bisher geholfen! Heißt auch jetzt die zurücklebenden Krieger und alle anderen, die keine Arbeit finden, auf dem Lande zu beschäftigen. Gebt ihnen Arbeit, Nahrung und Wohnung, auch dann, wenn Ihr Euch selbst im Raume beschränken müßt! Saut Eure Wege, melioriert Eure Felder und Wiesen, macht Waldbauarbeiten, kurz, was für Arbeit! Das ist jetzt eine hohe kritische Stunde der Landwirtschaft.

Done Oster wird und kann es dabei nicht abgeben. Neben allem muß jetzt die Förderung der Erhaltung unserer landwirtschaftlichen Kraft und der inneren Ruhe und Sicherheit stehen. Steigt die Erzeugung, soweit es irgend möglich ist, nehmen an Menschen auf, soviel als Ihr nur irgend unternehmen könnet und arbeitet so mit am Wohle unseres Vaterlandes! Was vom Reichsamt und vom Reichsstaatskommissar für wirtschaftliche Demobilisierung, sowie vom Arbeits- und Wirtschaftsministerium geschehen kann, um der Landwirtschaft zu helfen, wird geschehen.

Arbeiter!

Industrie und Handwerk, die Euch bisher beschäftigt haben, liegen darnieder. Die Kohlen- und Transportnot bringt Sie zur Einstellung oder Einschränkung der Arbeit. Das Land aber braucht Arbeiter. In den landwirtschaftlichen Betrieben ist überall vieles nachzuholen. Nichts ist jetzt wichtiger, als die Sicherung unserer Ernährung. Landverbesserungen, Wegebauten und viele andere Arbeiten ähnlicher Art harren der Ausführung. Bei der Bestellung und Erneuerung des kommenden Wirtschaftsjahres können viele Arbeiter lohnende Beschäftigung finden. Es gilt, den Boden bis zum letzten Fleckchen zu bebauen. Das Land ruft Euch und braucht Euch!

In größeren Gemeinden, sowie in allen amtsaufsichtsamtlichen Bezirken sind öffentliche Arbeitsnachweise (Bezirksarbeitsnachweis), in einer größeren Anzahl von Orten überdies Nebenstellen des Arbeitsnachweises des Landesamtes vorhanden, die landwirtschaftliche Arbeit vermittelnd. Meldet Euch an sie, Ihr werdet Arbeit finden und helft so am besten Eurem Vaterland.

Dresden, den 3. Januar 1919.

Der Staatskommissar für Demobilisierung.
Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium,
V. Abteilung (Landwirtschaft).

Bedeutungs- und Heizungseinschränkung

Wegen des anhaltenden Rückganges der Kohlensförderung und des dadurch bedingten Kohlemangels wird hiermit auf Grund Verordnung der Kreishauptmannschaft Chemnitz bestimmt:

1. Allen kleinen Ladengeschäften ist der Bezug von Gas und elektrischem Strom zu Beleuchtung spätestens von 6 Uhr abends an allen Tagen zu sperren;
2. die Benutzung von Gas- und elektrischen Heizöfen zur Beheizung ist verboten;
3. die Beleuchtung und Belichtung mit Gas oder Elektricität von Sälen und Räumen zur Abhaltung von Tanzvergnügen jeder Art, einschließlich der Vereinsbälle, Familienbälle und Tanzstunden ist untersagt.

Weiter hat die Kreishauptmannschaft Chemnitz im Einverständnis mit dem Arbeits- und Wirtschaftsministerial auf Grund von § 3 der Bekanntmachung des Reichsministers betr. die Grundsätze der Brennstoff- und Beleuchtungsmittel vom 11. Dezember 1916 (Reichs-

gesetzblatt Seite 1355) bewilligten Ausnahmen ausdrücklich genommen. Darauf zogen etwa 600 Anhänger des Spartakusbundes vor das Gebäude des "Vorwärts". Der Führer der Demonstranten erklärte, sie seien gekommen, um den "Vorwärts", den verlogene und heimliche Artikel gegen Eichhorn gebracht habe, zu besiehen und in eigener Verwaltung herauszugeben. Revolution und Druderei wurden von den Spartakusleuten befürchtet. Es wurde sofort ein Flugblatt gedruckt. Bloßlich machte jemand darauf aufmerksam, daß sich in dem gegenüberliegenden Gebäude das Propaganda-Bureau der Sozialdemokratischen Partei befindet. Dieses wurde als bald gefürchtet, die gesamte Büroeinrichtung auf die Straße geworfen und verbrannt. Gegen 7/8 Uhr abends zogen die Demonstranten nach der Charlottenstraße; die dort befindliche Hauptgeschäftsstelle des W. T. B. wurde von den Spartakusleuten besetzt.

b Berlin, 6. 1. nachm. 1 Uhr 15 Min. Die Massen der demonstrierenden Spartakisten in der Siegesallee schwollen an. Es werden Waffen unter die Zivilbevölkerung verteilt und aufreizende Reden gehalten. Die Demonstrationszüge der Mehrheitssozialisten bewegen sich die Linden und die Potsdamer Straße entlang nach der Wilhelmstraße. Sie werden von Soldaten flankiert, deren Herkunft man nicht kennt. Nach der "B. J." befindet sich Eichhorn im Rathaus und unterhandelt mit der Volksmarktbürokratie. Wie die Zeitung "Republik" meldet, hat sich die republikanische Sicherheitswache mit Eichhorn solidarisch erklärt. Nach bisher unbekümmerten Gerichten rüden stark bewaffnete Spartakusbundes gegen die Reichskanzlei an. Gegen Mittag begaben sich starke Gruppen von bewaffneten Spartakisten zu den verschiedenen Postämtern und verlangten Zutritt, der ihnen jedoch von der republikanischen Bürgerwehr verweigert wurde. Es kam zu Verhandlungen, in deren Verlauf man sich dahin einigte, daß die Kämpfer neutral bleiben sollen. Der Kampf um die Macht wird auf der Straße entschieden. Wenn die Macht in die Hände fällt, dem werden auch die Polizeiuniformen ausgetauscht.

Auferordnetliche Vollmachten für die Regierung

Un alle L. und S. Räte Deutschlands!

b Der Kongress aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands hat, wie Euch bekannt, uns zu seinem Vollzugsorgan ernannt und uns seine Vollmachten übertragen. Wir haben in den ersten Wochen unserer Tätigkeit uns fast ausschließlich mit den zum Himmel schreitenden Zuständen in Berlin beschäftigen müssen, wo eine kleine Minderheit gegen den allgemeinen Willen des Volkes, besonders auch der Berliner Bevölkerung und gegen den ausgesprochenen Willen der Arbeiter- und Soldatenräte in ganz Deutschland eine brutale Herrschaft zu errichten bestrebt ist. Das verbrecherische, alle Errungenschaften der Revolution gefährdende Treiben bürgerlicher Banden hat uns genötigt, der Reichsleitung unerbittliche Vollmachten zu erteilen, damit in Berlin endlich einmal die Ordnung und Rechtsicherheit, die unter dem freiheitlichen Regime erst recht notwendig sind, wieder hergestellt werden können. Alle Meinungsverschiedenheiten für einzelne müssen jetzt zurückspringen hinter das Ziel, die schwererklämpfte Volksfreiheit zu schützen, den Frieden nach innen und außen zu sichern und damit das ganze wehrhafte Volk vor neuem, furchtbarem Unglück zu bewahren. Es ist die Pflicht aller Arbeiter- und Soldatenräte, uns und die Reichsleitung dabei mit allen Mitteln zu unterstützen. Halbt alles, was dazu erforderlich ist, bereit. Je ehrlicher sich die Arbeiter und Soldaten Deutschlands in den von ihnen gewählten Räten zusammenfinden, desto rascher wird der Kampf um den Willen des Volkes entschieden sein.

Der Zentralrat der deutschen Sozialistischen Republik.

Ein Aufruf der Regierung

Die Regierung hatte sich am Sonntag nach außen hin sichtbar in seiner Weise gerichtet. Es war ihr jemals auch nicht gelungen, ihr eigenes Blatt, den "Vorwärts", wieder frei zu bekommen, so daß sie nun ohne Verbindung mit ihren Anhängern blieb. Trotzdem hatte auch sie für den Montag ihre Anhänger auf die Straße gerufen und Leute, die ihr nahe stehen, behaupten, daß sie zum außersten entschlossen

Es war ihr gelungen, ein Flugblatt zu verbreiten, das durch die Vertrauensmänner in den Fabriken verbreitet wurde. Zuletzt wurde auch von der Seite mit der notwendigen Entschiedenheit gesprochen. Es heißt:

"Arbeiter, Bürger, Soldaten, Genossen! Zum zweiten Male haben bewaffnete Banditen des Spartakusbundes den "Vorwärts" gewaltsam besetzt. Die Führer dieser Bande proklamieren heute in öffentlichen Reden erneut den gewalttumstigen Sturm der Regierung, Mord und blutigen Bürgerkrieg und die Errichtung der Spartakusdictatur. Dem deutschen Volke und insbesondere der deutschen Arbeiterschaft drohen die schlimmsten Gefahren. Anarchie und Hunger würden die Folgen der Spartakusschärfest sein. Zeit ist am Ende zu Ende. Wir wollen uns nicht länger von Irrsinnigen und Verbrechern terrorisieren lassen. Es muss endlich Ordnung in Berlin geschaffen werden und der ruhige Ausbau des neuen revolutionären Deutschland gesichert werden. Wir fordern Euch auf, zum Protest gegen die Gewaltsherrschaft die Arbeit einzuhören und sofort unter Führung Eurer Vertrauensleute vor dem Hause der Reichsregierung, Wilhelmstraße 77, zu erscheinen. Arbeiter, Bürger, Genossen, Soldaten! Es scheint in Massen. Zeigt, dass Ihr Manns genug seid, aus eigener Kraft Eure Freiheit, Euer Recht und Euer Parteidemokrat zu schützen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Großberlins."

Noske Oberbefehlshaber

Die Reichsregierung hat den Volksbeauftragten Noske mit dem Oberbefehl über alle in Berlin anwesenden Truppen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung betraut. Die Wahl ist außerordentlich günstig, weil Noske während seiner Tätigkeit als Gouverneur von Riel gezeigt hat, dass er mit unruhigen Elementen im Guten oder, wenn es sein muss, auch im Bösen fertig zu werden weiß; vor allem aber werden die Soldaten zu ihm sehr viel mehr Vertrauen haben, als zu einem General, der immer der Gefahr ausgesetzt ist, dass er als Vorfahrt der Gegenrevolution verdächtigt wird. Wie es heißt, sind auch noch weitere Regimenter im Unmarsch auf Berlin, weil die Regierung fest entschlossen ist, diesmal unter allen Umständen durchzudringen und sich die Proklamationen des terroristischen Spartakusbundes nicht länger gefallen zu lassen.

Beschlagnahme von Haas und Genossen an den Zentralrat

Die "Rote Fahne" schreibt: Während die Revolutionsführer berichten und Ebert und Scheidemann verhandeln, verüben Haas und Genossen auch eine angemessene Rolle zu spielen. Sie haben sich an den Zentralrat gewandt mit dem Anliegen, einen Vergleich zu vermitteln. Der Zentralrat hat darauf gnädig geruht, das Anerbieten anzunehmen. Der Zentralvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, sowie der revolutionären Obleute haben sich nun mehr hingezieht, um jene Borschläge zu beraten.

Die Deutsche Zeitung erscheint weiter

In Berlin, 7. 1. Die "Deutsche Zeitung" veröffentlicht an der Spitze des Blattes folgende Erklärung: Am Montag nachmittag besiegeln die revolutionären Arbeiter und Soldaten die Druckerei der "Deutschen Zeitung". Die "Deutsche Zeitung" wird weiter erscheinen wie bisher. Um Ruhe und Ordnung zu halten, müssen sämtliche Geheimtippe von Seiten der Schriftleitung unterbleiben.

Die Spartakusleute wollen die Nationalwahlen hintertreiben

In Berlin, 7. 1. In einer gestern im Vereinshaus abgehaltenen Versammlung der Spartakusleute wurde einstimmig eine Resolution angenommen, am 19. 1., dem Tage der Wahl zur Nationalversammlung, den Generalstreik zu erklären und mit allen nur möglichen Mitteln die Wahl zu hintertreiben.

Kämpfe vor dem Reichskanzlergebäude

In Berlin, 7. 1. Über die Vorgänge in Berlin wird gemeldet: Während die Demonstrationen für und gegen die Regierung am Vormittag ohne größere Aufruhrungen und Zusammenstöße verließen, kam es am Nachmittag zu blutigen Kämpfen. Über die Kämpfe, die am Montag stattgefunden haben, lässt sich ein abschließendes Urteil noch nicht geben. Es haben Kämpfe vor dem Reichskanzlerpalais, vor dem Kriegsministerium und in der Röperstraße, bei der Pionierlokalität stattgefunden. Die Pioniere, die Besatzung des Reichskanzlergebäudes sowie des Kriegsministeriums, stehen auf Seiten der Regierung, während bei den anderen Truppentruppen, wie mitgeteilt wird, wenig Rettung besteht, aktiv an der Ausweitung der Streitkräfte teilzunehmen. Es wird vielmehr beobachtigt, sich neutral zu halten. Auch die Matrosenabteilung soll die Absicht haben, eine neutrale Haltung zu bewahren. Unter der an der Bewegung beteiligten Arbeiterschaft herrscht eine zuverlässige Stimmung, obgleich die gestrigen Kämpfe eine Reihe von Toten und Verwundeten im Gefolge hatten.

Lebhafte Gesichte zwischen Pionieren und dem 3. Garde-regiment zu Fuß

In Berlin, 7. 1. Während mit Einbruch der Dunkelheit im Stadtinneren verhältnismäßige Ruhe eintrat, kam es in der Röperstraße zwischen den dort liegenden Pionieren und dem 3. Garderegiment zu Fuß zu lebhaften Gesichten mit Maschinengewehren, Gewehren und Handgranaten. Der Kampf ging in der Hauptstadt um das in der Röperstraße gelegene Provinzialpol. Die Pioniere stehen auf Seiten der Regierung, während das 3. Garderegiment zu Fuß zu den Anhängern der Spartakisten zählt. Wie Augenzeugen berichten, waren es die lebhaftesten Kämpfe, die Berlin seit den Tagen der Revolution bisher erlebt hat.

Weitere Demonstrationen

In Berlin, 6. 1. Wie die "Rote Fahne" schreibt, dürfen die bürgerlichen Blätter weiter erscheinen, jedoch unter der Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates, der damit nur seine Pflicht als Organ der bedrohten Revolution übernimmt. Weiter stellt die "Rote Fahne" fest, Polizeipräsident Eichhorn bleibt im Amt, gestützt auf den Willen der Großberliner Arbeiterschaft, der Sicherheitswache und der Volksmarine. Heute vormittag 11 Uhr wurde zu einer Massenkundgebung in der Siegesallee aufgerufen.

Die Börse blieb geschlossen

In Berlin, 6. 1. Im Hinblick auf die unsicheren Zustände in Berlin ist der heutige Börsenverkehr ausgesetzt. Die Börse blieb geschlossen.

Das Vorgehen der Polen

In Berlin, 4. 1. Die Ereignisse in Polen haben sich aufs äußerste zugespitzt. Ganz Neutomischl und Rzesz sind in polnischen Händen. Die Polen sind über den Bahnhof Neutomischl hinunter entlang der Bahnlinie Posen-Breslau vorgerückt und haben bereits die nur 6 Kilometer von Breslau entfernt liegende Station Choszchna besetzt. Von dort aus haben sie an das Kommando des Heimatbataillons in Wejherow das Ultimatum gestellt, bis heute mittag 12 Uhr den Bahnhof Breslau den Polen zu übergeben. Die Verhandlungen wegen

Übergabe der Stadt Breslau sind. Das polnische Kommando wegen Räumung der Stadt Breslau hat das Kommando des Heimatbataillons Polen abgelehnt und an die Truppen den Befehl gegeben, den Bahnhof unter allen Umständen zu halten. Mögliche schnelle Verstärkung dieser Truppen durch polnische Bataillone ist dringend erforderlich.

Fällt der Bahnhof Breslau in politische Hände, so ist nicht nur die Verbindung von hier nach Schlesien, sondern auch die Lebensmittelversorgung von Frankfurt a. O., wie Berlin und weiter Gebiete des Reiches in Frage gestellt.

In Polen, 5. 1. Heute früh 7 Uhr wurde die Fliegerstation von Rawica bei Posen von polnischen Soldaten gestürmt. Die Angreifer waren ungefähr 3000 Mann stark und führten 12 Feldgeschütze und 40 Maschinengewehre mit sich. Es entpankte sich ein heftiger Feuerkampf, die Artillerie erhielt mehrere Volltreffer. Die Belagerung, gegen 100 Mann stark, wurde gesangen genommen und soll nach Polen abtransportiert werden. Alle Flugzeuge und das übrige Material fielen in die Hände der Polen. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete.

In Bromberg, 5. 1. Bromberger Truppen unter ihren Soldatenräten und selbstgewählten Offizieren haben Schubin und Krotoszyn von den Polen gesäubert. In beiden Orten wurden die Polen viele Gewehre abgenommen. Bromberger Verluste: Einige leichtverwundete. Rzesz wurde von den Polen freiwillig geräumt.

In Schneidemühl, 6. 1. Wie die T. U. erfährt, ist jede Verbindung zwischen Schneidemühl und Rzesz unterbrochen. Was die Belehrung von Rzesz anbetrifft, so ist diese Stadt gestern nachmittag von den Polen angegriffen worden. Die Abordnung, bestehend aus dem Bürgermeister, dem katholischen Geistlichen und dem Rendanten Grafe, begab sich nach dem Lager der Polen und vereinbarte mit diesen die Übergabebedingungen. In Schneidemühl erwartet man jeden Augenblick das Eintreffen der Polen. Die Bevölkerung in der Stadt hat ihren Höhepunkt erreicht. In Wissel soll ein schwerer Kampf zwischen der deutschen Besatzung und den Polen stattgefunden haben. Hierbei haben, wie verlautet, die Polen schwere Verluste erlitten. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Kartoffelversorgungen in Anspruch zu nehmen und nur in dringenden Notfällen, in denen andernfalls infolge des Fehlens der Schlämpe die Ernährung des Breslauerlandes und damit die Weiterführung der Wirtschaft in Frage gestellt wäre, Ausnahmen zu zulassen.

Politische Nachrichten

Nationalwahl in Bremen

In Bremen, 6. 1. Das vorläufige Ergebnis der Wahlen zusammen: 24 Demokraten, 35 Sozialdemokraten, 41 Zentrum, 7 Deutschnationale und 1 Unabhängiger.

Aus Heimat und Vaterland

In Bremenberg, den 7. Januar 1919.
↑ Zu den Ereignissen der letzten Tage in Berlin, über die ein langes Bild noch nicht gegeben werden kann, sei erwähnt, dass gestern in Preußen Werbung, nicht, wie in Sachsen Feierabend war. Das Wolffsche Telegraph-Büro ist von den Spartakusleuten besetzt, während alle bürgerlichen Zeitungen unter Kontrolle stehen, so dass einwandfrei objektive Mitteilungen über den tatsächlichen Zustand in Berlin nur schwer zu erhalten sind.

↑ Mit dem Hohenjohannstag hat sich man auch die diesjährige Weihnachts- und Neujahrszeit geschlossen. Der Verlauf der liturgischen Veranstaltungen gab in dem guten Kirchenbesuch, die die Weihnachtsmette, der eigentliche Weihnachts- und der Silvestergottesdienst, das Neujahrsfest und nun auch der Hohenjohannstag sind, den Beweis, dass trotz der an dem Ansehen der Kirche rüttelnden Mächte das religiöse Gefühl doch in vielen Kreisen noch lange nicht so erloschen ist, wie es oft hingestellt wird. Das bekräftigte sich auch bei der Motette, die Herr Kirchenmusikdirektor Schröder mit seinem Chorchor für den Abend des 6. Januar vorgesungen hatte. Auch hierzu war die Gemeinde recht zahlreich gekommen, um im Orgelspiel, Gesang und Wort die Machtstärke der Weihnachtsbotschaft zu vernnehmen. Als Gesangslied hatte Frau Dora Schiebel zwei Soprani übernommen und erfreute durch ihre heilige, das Gotteshaus gut füllende Stimme alle Zuhörer. Gemischter Chor und Kinderchor mit Orgelbegleitung, Orgelsäume und Gemeindegesang bewegten sich gleichfalls im Gebiet des Weihnachtsliedes und Schriftoptierung mit Geibel gaben dem Abend den göttlichen Charakter. So sei auch für die Darbietung Herrn Kirchenmusikdirektor Schröder, Herrn Organist Oberlehrer Scherzer, der gesuchten Solistin und allen an den Chorgesängen beteiligten älteren und jüngeren Gesangskräften der weine Dank der Kirchenbesucher umgedreht.

↑ Das kirchliche Willkommen für die Frankenberger Krieger, das am Neujahrsstage den Hemmelschen durch Herrn Oberpfarrer Schmitz zugesungen wurde, galt auch den bisher noch nicht aus dem Felde und Frieden entlassenen und deshalb brachten wir in voriger Nr. des Pageblattes den vollen Wortlaut der herzlichen Ansprache zum Ablauf. Wir haben eine kleine Anzahl a Sonntags-Nr. mehr gedruckt, die in unserer Hauptgeschäftsstelle zum Verkauf ausliegen.

↑ Durch Besetzung von Heereslagern und unrichtigkeitsverdächtigen Uniformen sind große Mengen Uniformen, Mantel, Stiefel, Wäsche usw. in ei. Besitz Privater übergegangen. Über diese unrichtig erworbenen Bekleidungsstücke der Heeresverwaltung sag das Reichsverwaltungsamt: "Seinem heutigen Interat: Sie schänden den Träger und den deutschen Namen." Dem kann nur beigegeben werden. Die Ablieferung bei den zuständigen Behörden ist daher dringend.

↑ M.J. Die Oberste Heeresleitung regt an, ordnet, b. mäßig Entlassen bei der Anstellung in Staats- und Privatbetrieben den nicht ordnungsmäßig Entlassenen vorzugeben. Es kann erwartet werden, dass dieser Antrag wie von den Staatsbetrieben, so auch von den privaten Unternehmen entsprochen werden wird. Ebenso werden wohl alle Arbeitgeber bereit sein, für die zuletzt eingeschriebenen Kämpfer unter allen Umständen Arbeitsgelegenheit in offen zu halten. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, die Macht der Danzbarkeit diesen bis zuletzt ständigen Ausarrestierenden Gewesen gegenüber, dass in der Weise für ihre Zukunft gesorgt wird. Es sind die Menschen und die Juventilgen, die auch im Friedensdienst voll und ganz bewähren werden.

↑ M.J. Der Mangel an Zahlungsmittel ist in den letzten Wochen durch Maßnahmen der Reichsregierung, der Gemeinden und der Kommunalverbände und verschiedener Großbetriebe der Industrie und des Bankwesens zu etwas herabgemindert, aber keineswegs behoben word. Eine durchgreifende und nachhaltige Besserung der gegen Zustände kann nur durch eine kräftige Förderung sorglosen Zahlungsverkehrs erreicht werden. Auf dem Gebiete ist in den letzten Jahren zwar viel, aber bei allem noch nicht genug geschehen. Jedes diesem Zweck dienende Mittel muss mit großer Energie gehandhabt und gefordert werden. Naturnach die Kreise der Bevölkerung, die in bestimmten Zeiträumen größere Geldzahlungen erhaltes und diese dann zur Bezahlung ihrer Gläubiger verwerfen, müssen unbedingt auf dem bargeldlosen Zahlungswesche anstehen, indem sie sich ein Girokonto bei einer Bank bei dem Giroverbande der sächsischen Gemeinden oder a Postcheckkonto anlegen lassen. Sie werden sehr bald genutzt werden, da eine solche Maßregel zu ihrem eigenen Vorteil ist, indem sie Sicherheit gegen Diebstahl erlangen, Zeit a Porto sparen oder eine Verzinsung sonst brachtegender elber gewinnen. Ein solches Vorgehen wird sicherlich auch Spielgebend für andere Kreise der Bevölkerung werden. Ingenuen werden Hausbesitzer, Hypothekengläubiger, Herzog Neißanwälte, Kaufleute und Angehörige anderer Erwerbszweige, die mit größeren Einnahmen und Ausgaben zu rechnen haben, hierdurch dringend aufgefordert, sich in der benachbarten Weise dem bargeldlosen Zahlungsverkehr anzuschließen und auf ihren Geschäftsbriefen anzugeben, wo ein Konto besteht oder welche Nummer ihr Postcheckkonto trägt, damit ihre Schulden in die Lage versetzt werden, die Schulden an sie im Wege des bargeldlosen Zahlungswesens zu begleichen. Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium fordert, dass es nur dieser Auflösung bedarf, um die betreffenden Kreise zu einer Maßregel zu bewegen, die in gleicher Weise ihren eigenen Vorteile wie dem der Allgemeinheit dien.

↑ Umfassenderes Verpflichtung in der Wehrzeit. Nach vorläufiger Meldung hat der Reichsfinanzminister von der Handelskammer Chemnitz von Anfang an zitierten Antrag, dass auch die Steuerpflichtigkeit vor dem 1. August 1918 erfolgter Lieferungen, für die erst nach dem 1. August die Zahlungen eingehen, zu bejahen sei, ist gegeben. Das Reichsbauministerium hat infolgedessen seine Berge abweichende Kuffaltung fallen gelassen, ebenso sind sich das Gutachten des Reichsfinanzministers die seinerzeit verfüllten Verord-

Gestohlene

und unrechtmäßig erworben

Bekleidungsstücke der Heeresverwaltung schänden den Träger und den deutschen Namen.

Reichsverwaltungsamt, Berlin W 8, Friedrichstraße 66.

Graf Hertling +

In Nippolding (Oberbayern), 5. 1. Graf Hertling ist gestern gegen 9½ Uhr nach sechstägigem Krankenlager hier entlassen. Die Belehrung findet in München statt.

Wenn man auch wusste, dass Graf Hertling schon während seiner Ranglerschaft schwer leidend war und sich im Amt nur deshalb halten ließ, weil er einen Wechsel in der schwierigen Zeit nicht für ratsam hielt, so kommt die Nachricht von seinem Tode doch überraschend. Graf Hertling war als Mensch von außerem Charakter. Er war einer jener Politiker, der sich durch große Sachkenntnis auszeichnete und dessen Wille selbst den Gegnern Respekt abförderte. Das Zentrum hatte in Hertling einen seiner besten Führer.

Lebensmittelzulagen für Schwerarbeiter

Die Voraussetzungen für die Sonderbelieferung der in der Rüstungsindustrie tätigen Arbeiter sind jetzt nicht mehr vorhanden und seitens der Arbeiterschaft kommt mehr und mehr der Wunsch auf Aufhebung der Lebensmittelzulagen, welche einzelne Arbeiterschaften stark bevorzugt, zum Ausdruck. Der Staatssekretär des Reichsnährungsamts hat diesem Wunsche dadurch Rechnung getragen, dass er die Aufhebung dieser Zulagen im allgemeinen verfügt hat. Eine Aufhebung für alle Arbeiterruppen ist jedoch aus folgenden Gründen nicht möglich gewesen:

Um das deutsche Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, ist es unerlässlich, mit allen Mitteln auf die Rohstoffförderung hinzuwirken. Die harten Waffenstillstandsbedingungen unserer Gegner zwingen ferner dazu, eine große Anzahl von Kolonialen und Eisenbahnen innerhalb einer gewissen Frist abzuliefern. Es ist außerdem erforderlich, den Eisenbahnpark möglichst schnell und im großen Umfang dem deutschen Wirtschaftsleben zur Verfügung zu stellen. Um dies zu erreichen, wurde verfügt, dass den Bergarbeitern und dem Teile des Eisenbahnpersonals, welche bisher Zulagen erhalten haben, diese auch weiterhin gewährt werden sollen. Der Staatssekretär des Reichsnährungsamts geht dabei von der Voraussetzung aus, dass die Arbeiterschaft diese Belieferung nicht als Ungleichheit empfindet, sondern sie unter dem Gesichtspunkte bewertet wird, dass die Rot des Vaterlandes ihn zu dieser Verfügung veranlaßt hat. Es gibt sich der Erwartung hin, dass die Führer der Arbeiterschaft in diesem Sinne aufklären werden. Selbstverständliche Voraussetzung ist, dass die Zulagen nur solchen Arbeitern gegeben werden, welche auch tatsächlich arbeiten.

Die Kartoffelversorgung

Noch immer werden Alagen laut, dass innerhalb einzelner Bezirke erhebliche Mengen Kartoffeln bisher nicht abgeerntet worden sind. Das Reichsnährungsamt hat daher die Kommunalverbände angewiesen, von den ihnen nach der Bundesratsverordnung über die Kartoffelversorgung vom 18. Juli 1918 zustehenden Zwangsmitteln nachdrücklich Gebrauch zu machen und die sofortige Übertragung der Kartoffelfelder anzurufen. Dabei sind die Kommunalverbände erachtet, einem etwaigen Arbeitermangel durch Einstellung von Arbeitskräften auf Kosten ländlicher Landwirte zu begegnen.

Zur Verstärkung der Speisekartoffelversorgungen hat ferner der Staatssekretär des Reichsnährungsamtes einen nochmaligen Eingriff in die Brennkartoffeln um weitere 25% angeordnet, es sind hierauf, soweit nicht für einzelne Gebiete bereits weitgehende Beschränkungen zugestanden sind, den Landwirten nur so viel Kartoffeln zum Brennen zu belassen, als 22,5% des allgemeinen 100%igen Durchschnittsbrandes entspricht. Eine weitere Einschränkung war mit Rücksicht darauf, dass für industrielle Zwecke erhebliche Mengen Spiritus benötigt werden, nicht möglich. Für Teinfabrik wird Spiritus bekanntlich überhaupt nicht freigegeben. Die Kommunalverbände haben die Anweisung erhalten, die durch den neuen Eingriff freiwerdenden Mengen schnellstens für Speise-